



Von Gerd Alt und Torben Heine

Krisengewinnler

Mit einem "Antikapitalismus von Rechts" soll die Soziale Frage nationalisiert werden

Hinter Transparenten, auf denen Parolen gegen Kapitalismus und Globalisierung zu lesen sind, findet man heute altbekannte Kader der extremen Rechten umringt von jungen MitläuferInnen im Che-Guevara-Shirt. Was steckt hinter dieser ideologischen Renovierung der extremen Rechten?

Das "Modell Deutschland" der 1970er Jahre, in dem der Widerspruch von Kapital und Arbeit institutionalisiert niedergehalten wurde und sozialer Frieden optimale Kapitalverwertungsmöglichkeiten bieten sollte, gehört der Vergangenheit an. Wirtschaftliche und soziale Krisen resultieren nun aus den neuen Verwertungsbedingungen des Kapitals, das alle nationalen Grenzen sprengt und als dessen Überbau eine neoliberale Ideologie (vgl. S. 44) fungiert.

Dies ist der Rahmen, in dem sich seit einigen Jahren die NPD und die "Freien Kameradschaften" verstärkt der Globalisierung und Sozialen Frage zuwenden. Die Demonstrationen gegen die Agenda 2010 und insbesondere gegen die so genannten Hartz-

Reformen dienten der extremen Rechten als Bühne, um sich vor einem breiteren Publikum als Anwalt der "kleinen Leute" darzustellen. Bei ihren Aufmärschen zum 1. Mai, mit denen sie sich weiter sozial zu profilieren versuchten, blieben sie bislang aber weitgehend unter sich. Zum G8-Gipfel mobilisierte die NPD für den 2. Juni zu einem Aufmarsch in Schwerin.

Ganz Rechts - nichts Neues!?

Die extrem rechte Kritik am Kapitalismus ist nicht neu:

"Die Bedrohung der Völker – Unterdrückungsmaßnahmen, Zentralisierungstendenzen im staatlichen und wirtschaftlichen Bereich, [...] die Wanderung riesiger Arbeiterströme zu den in relativ wenigen Gebieten konzen-

trierten Produktionsstätten, [...] die aus der Ausrichtung auf rein quantitative Massenproduktion folgende Nivellierungstendenz auf den Gebieten der Verbrauchsgewohnheiten, der Kultur usw. – dies alles droht zu einer kulturlosen Weltzivilisation zu führen."

Und: "Auch international haben die multinationalen Konzerne durch ihren Einfluß auf die Waren- und Geldströme längst begonnen, die Wirtschaftspolitik der Einzelstaaten zu unterlaufen."

Diese Passagen entstammen nicht etwa einer aktuellen Broschüre, sondern der *Jungen Kritik*, einem Theorieorgan der so genannten Neuen Rechten aus dem Jahre 1979. Ihr Autor **Klaus Dieter Ludwig**, ein ehemaliger Bankdirektor, NPD- und *Deutsche Liga*-Mitglied, zog vor fast dreißig Jahren für eine völkisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik zu Felde. 1979 beschränkten sich Positionen wie die Ludwigs aber auf Debattierklubs der "Neuen Rechten". Sozial- und wirtschaftspolitisch war die NPD jener Zeit stark unterbelichtet. Man forderte verstärkte deutsche Exporte, eine sparsame Haushaltsführung oder eine Vereinfachung des Steuersystems. Auch die sozialpolitischen Forderungen waren wenig spektakulär. Der Einfluss der Gewerkschaften sollte bekämpft werden und Hausfrauen eine

Sozialversicherung erhalten. Von einem "nationalen Sozialismus" fand sich in der Außendarstellung der NPD jener Zeit keine Spur. Lediglich in Schulungsmaterialien für die Funktionsträger der NPD fand sich die Unterscheidung zwischen einem marxistisch orientierten und einem vermeintlichen "nationalen Sozialismus".

Neoliberal oder "sozialistisch"?

Lange Jahre bot der "Kalte Krieg" den Rahmen, in dem sich die Propaganda extrem rechter Parteien bewegte. Ein positiver Bezug auf einen "nationalen Sozialismus" verbot sich schon aufgrund des rigiden Antikommunismus. Parteien der extremen Rechten wie die *Republikaner* oder die ehemalige *Schill-Partei Rechtsstaatliche Offensive* punkteten in ihren Hochphasen mit Populismus neoliberaler Prägung. Sie forderten einen Abbau bürokratischer Verordnungen, propagierten unternehmerische Freiheit und eine Beschränkung der betrieblichen Mitbestimmung zum Wohle der Nation, verbunden mit einem aggressiven Wohlstandschauvinismus. Ihre Erfolge waren nicht von Dauer. Eine Anbindung an das rechtskonservative Milieu gelang selten. In anderen europäischen Ländern konnten sich ähnliche Parteien hingegen etablieren. Der FPÖ gelang sogar der Sprung in die Regierung Österreichs. Ein großer Teil der potenziellen WählerInnen dieser Parteien hat aber inzwischen realisiert, dass die Sicherung des "Standorts" mit neoliberalen Rezepten auch sie in prekäre soziale Lagen bringen kann. Der ökonomische Strukturwandel, die herrschende neoliberale Wirtschaftspolitik und die breit geführten Diskurse über die Folgen der Globalisierung verhindern eine extrem rechte, neoliberale Politik, da sie nicht länger als politische Alternative verkauft werden kann.

Obwohl sich auch jetzt der Begriff "nationaler Sozialismus" weder im Partei- noch im Aktionsprogramm der NPD findet, sind Neonaziaufmärsche, die sich mit wirtschafts- und sozialpolitischen Themen befassen, keine

Ausnahme mehr. NPD-Demonstrationen am 1. Mai sind fest etabliert. Spätestens mit Einführung des Arbeitslosengeldes II versucht die NPD, mit sozialpolitischen Forderungen AnhängerInnen zu gewinnen. Auch das Thema Globalisierung hat an Bedeutung gewonnen. So ist es folgerichtig, dass die Partei den G8-Gipfel im Juni dieses Jahres nutzen möchte, um sich als "einzige authentische Anti-Globalisierungspartei" (**Jürgen Gansel**) zu profilieren. Gansel, der seine Magisterarbeit über "Antikapitalismus in der 'Konservativen Revolution' in Deutschland 1918-1932" geschrieben hat, gehört zu den Verfechtern einer "sozialrevolutionären" Programmatik in der NPD. Er hat sich den Kampf gegen die Globalisierung auf die Fahnen geschrieben, die "das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes" sei. Das "Große Geld" habe, so Gansel in der *Deutschen Stimme* 12/2005, "obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärischen Standort vor allem an der Ostküste der USA". Die "Kapitalismuskritik" der NPD ist nicht viel mehr als die Forderung nach staatlich-regulativen Eingriffen in die Wirtschaft, verbunden mit antisemitischer Hetze. Im NPD-Aktionsprogramm heißt es: "Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung [...] Die Führung der Volkswirtschaft ist jedoch Aufgabe des Staates und unterliegt dessen Verantwortung."

Die Antikap-Kampagne

Teile der Kameradschafts-Szene versuchen nun, einen Schritt weiter zu gehen. Sie wollen eine antikapitalistische Politik von Rechts begründen, die sich selbst als "revolutionär" und "echte Systemalternative" versteht. Dafür arbeitet man an einem theoretischen Überbau. Ihren stärksten Ausdruck fand diese Entwicklung im Start der "Antikap-Kampagne" unter dem Motto "Zukunft statt Globalisie-

rung". Am 18. März 2006 trafen sich 150 AktivistInnen der extremen Rechten im thüringischen Lichtenhain-Oberweißbach, um sich in die Grundlagen des "Antikapitalismus von Rechts" einführen zu lassen. Schulungsziel war, den Schwerpunkt der Agitation von einzelnen Aspekten der "Sozialen Frage" zu einer grundsätzlichen Thematisierung von Kapitalismus und Globalisierung zu verschieben. Zwei "Wirtschaftsexperten" der NPD im sächsischen Landtag gaben den theoretischen Input. **Arne Schimmer** referierte zur allgemeinen Globalisierungskritik von Rechts, und **Per Lennart Aae** verbreitete sich über sein Thema "Volkswirtschaft statt Globalisierung".

Vorgestellt wurde auch die druckfrische 24-seitige Broschüre "Antikapitalismus von Rechts" der *AG Zukunft statt Globalisierung*. Unterstützt von der JN Sachsen und dem "Nationalen Widerstand" wurde diese Broschüre vom NPD/JN-Kader **Mathias Rochow** herausgegeben. Inhaltlich verantwortlich sind der *Kampfbund Deutscher Sozialisten* (KDS), die JN-Abspaltung *Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft*, die *Mitteldeutsche Jugendzeitung* aus Hoyerswerda und der als **Sepp Hagen** auftretende **Sebastian Richter** (JN) sowie **Andreas Kühn** (KDS).

"Als Grundstein einer neuen antikapitalistischen, nationalen und sozialistischen Jugendbewegung" will man die Broschüre verstanden wissen. Mit der in ihr verbreiteten Propaganda "eines sozialistischen Nationalismus will die antikapitalistische Rechte im Lager der opportunistischen Rechten und der marxistischen Linken um Mitkämpfer und Bündnispartner ringen". Die Linke soll aufgeklärt werden, "daß der Sozialstaat nur als abgeschotteter Nationalstaat vor dem globalen Ansturm des internationalen Kapitals gerettet und gesichert werden" könne. Trotz dieser "Querfront"-Bemühungen bleiben linke Gesellschaftsvorstellungen das erklärte Feindbild. Auch die globalisierungskritische Bewegung ist,



neonazistische Broschüre
zum Thema Antikapitalismus

weil internationalistisch ausgerichtet, in der Regel kein positiver Bezugspunkt.

“Blut und Boden”

Wer verstehen will, was die MacherInnen der Antikap-Kampagne unter “nationalem Sozialismus” verstehen, muss ihr Menschen- und Gesellschaftsbild untersuchen. Nach dem Prinzip von “Blut und Boden” werden Menschen von ihnen als kategorial ungleich angesehen. In der vom KDS-Mitglied **Micha Togrom** verfassten, 112-seitigen Kampagnen-Broschüre “Zukunft statt Globalisierung” heißt es: “Der Mensch ist wie alle anderen Lebewesen auf dieser Erde nicht als Individuum, sondern nur als Gruppenwesen lebens- und überlebensfähig. Die erste und ursprünglichste Form der Sozialisierung ist biologischer Art und erfolgt in der Familie, Sippe und Stamm, aus denen sich schließlich die Völker und ‘Rassen’ ergeben.”

Jedes Volk besitze einen “artgemäßen Lebensraum”, der mit den Nationalstaaten identisch sein solle. Die Völker müssten, um überlebensfähig zu sein, alles Fremde ausgrenzen und ausmerzen. Die angestrebte “Volksgemeinschaft” wähnt sich sowohl durch “Ausländer” als auch durch “Volksschädlinge” bedroht. Die Stellung des Einzelnen und der Wert, der dem Individuum zugemessen wird, werden durch Volkszugehörigkeit, Anpassung und Leistungsfähigkeit bestimmt. So vertritt die extreme Rechte eine vermeintlich notwendige Hierarchie.

In der “Volksgemeinschaft” seien Klassengegensätze und Widersprüche aufgehoben, da ArbeiterInnen wie KapitalistInnen einzig dem nationalen Interesse dienen. Obwohl der Staat regulativ in die Wirtschaft eingreift, werden die bestehenden Eigentumsverhältnisse kaum berührt.

Für die Linke aber geht es international darum, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse abzuschaffen. Die private Aneignung des Mehrwerts durch KapitalistInnen wird unterbunden, in dem das Kapital sozialisiert wird. Die extreme Rechte negiert diesen zentralen Inhalt des Sozialismus.

Antisemitismus als Programmkern

Dass sich die Neonazis selbst als Antikapitalisten verstehen können, obwohl sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln und das Profitprinzip nicht in Frage stellen, gelingt ihnen nur durch eine theoretische Setzung. Sie teilen das Kapital in “schaffendes”, bodenständig-deutsches Industriekapital und “raffendes”, fremdes Finanzkapital, das sich nicht für nationale Interessen einspannen lasse. In der bereits erwähnten Broschüre heißt es: “Im Mittelpunkt der rechten Kapitalismuskritik steht das bewegliche, raffende und wuchernde Handels- und Leihkapital (Finanzkapital, Geldmacht, Goldene Internationale, das ‘Große Geld’, Hochfinanz, Kapintern, Mammonismus, Plutokratie), das mittels Aktiengesellschaften, Fonds, Banken

und Börsen das schaffende nationale Produktivkapital, Mittelstand, Bauerntum und alle übrigen Werktätigen seiner Gelddiktatur unterworfen hat und durch ein teuflisches Weltverschuldungssystem [...] alle schaffenden Völker dieser Erde ausbeutet und zerstört.”

In antisemitischer Manier wird das “Weltjudentum” als Drahtzieher hinter dem Finanzkapital vermutet. Man glaubt vor allem mit der Abschaffung des Zinses, den Kapitalismus von einer “Wüstenwirtschaft” (KDS) in einen deutschen Sozialismus verwandeln zu können. Entsprechend veröffentlicht die Antikap-Kampagne auch Texte von **Reiner Bischoff**, einem ehemaligen Landesvorstandsmitglied des BUND in Baden-Württemberg und rechten Publizisten. Bischoff ist Vertreter der so genannten Freigeldlehre, die ebenfalls den Zins als Hauptübel des Kapitalismus ansieht. Viele Vertreter dieser Lehre, die sich vor allem auf den Theoretiker **Silvio Gesell** begründet, wiesen eine Nähe zum Nationalsozialismus auf (vgl. *LOTTA # 15 und #16*).

Freiwirtschaftliche Konzepte spielen auch in verschiedenen Regionalgeld-Initiativen und Tauschringen, die sich oft als Teil der globalisierungskritischen Bewegung sehen, eine Rolle. Im Mittelpunkt dieser Ideologien steht allein die Kritik am Zins. Eigentumsverhältnisse am Produktionskapital bleiben unangetastet. Folglich schaffe die “Entmachtung der Hochfinanz” – so ein Titel eines Buches von Bischoff – “Demokratie, Frieden, Arbeit für alle, Kultur- und Naturbewahrung”. Das kritisierte “Finanzkapital” oder besser die Zirkulationssphäre des Kapitals ist aber vom Anlagekapital nicht zu trennen, sie bedingen sich gegenseitig.

Es ist selbstverständlich, dass die Neonazis das anders sehen. So liest man bei der *AG Zukunft statt Globalisierung*: “Die Tatsache, daß das politische Geschäft in den kapitalistischen Finanzdemokratien von dunklen Wirtschaftsmächten beherrscht wird, hat sicher nichts mit ‘Verschwörungs-

theorien' zu tun [...] Die Geldmacht übt ihren in keiner Verfassung vorgesehenen politischen Einfluß nicht in lärmenden Parteiversammlungen aus, sondern durch geheime Kontenbewegungen." Ihre Aufgabe sehen die rechten "AntikapitalistInnen" dann auch darin, "mehr Licht in das Dunkel anonymer finanzkapitalistischer Netzwerke zu bringen."

Vergangenheit und Zukunft eines "nationalen Sozialismus"

Während des Nationalsozialismus gingen die Interessen des deutschen Kapitals bis kurz vor der Niederlage konform mit denen der Nazis. Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, Orientierung auf Kriegswirtschaft, Arierisierung von jüdischem Besitz, Zwangsarbeit und Vernichtung durch Arbeit, Beteiligung an Planung und Ausführung der Plünderung besetzter Länder, all dies bescherte und sicherte dem deutschen Kapital Extraprofite. Dies war die soziale Realität des ersten Versuches eines "Nationalen Sozialismus".

Auch ein neuerlicher Versuch dürfte nicht anders aussehen. Zwar versucht man mit Aussagen wie "Hartz IV ist keine Arbeitsmarktreform, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk" Arbeitslose und Hartz-IV-Betroffene zu ködern, was würden die Adressaten aber dazu sagen, dass sie unter der Knute der extremen Rechten nicht nur Ein-Euro-Jobs zu verrichten hätten, sondern gar einer Pflicht zur Arbeit unterworfen würden? "Das Recht auf Arbeit setzt die pflichtgemäße Einstellung zur Arbeit voraus", schreibt die *AG Zukunft statt Globalisierung*.

Die Antiglobalisierungsthesen der Antikap-AktivistInnen münden schließlich im Horrorszenario eines globalen Endkampfes: Eine "eurasische Achse" fantasiert man herbei, die ein "machtvolles Gegengewicht zu den USA" in einem globalen "Endkampf zwischen Ozeanien und Eurasien, zwischen den ozeanischen Mächten des Nomadentums (US-Ostküste mit englischem Satelliten) und den eurasisch-bodenständigen Land-



Neonazistisches Verständnis von Antikapitalismus - Aufmarsch am 15. Dezember 2001 in Bottrop

mächten (Frankreich-Deutschland-Rußland-China-Japan)" sei. Hier entscheide sich, wer künftig die Welt regiere.

Fazit

Die Inhalte, mit denen die extreme Rechte ihren "Antikapitalismus" füllt, beziehen sich noch immer auf den historischen Nationalsozialismus (vgl. S. 15), der das Vorbild der angestrebten "Volksgemeinschaft" bleibt. Es hat lediglich eine Modernisierung der alten NSDAP-Rhetorik stattgefunden, indem man aktuelle Diskurse, vor allem über Globalisierung, einbezieht. Einzig der offene Bezug auf den "anti-imperialistischen Kampf der unterdrückten Völker" ist neu. Die theoretischen Bemühungen bleiben schwach und widersprüchlich. Die extrem rechte Kapitalismuskritik basiert auf einer völkischen Grundlage und negiert den linken, universalistischen Anspruch auf gleiche Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Reichtum und an den politischen Entscheidungen. Man bedient sich zwar bei linken Parolen und Codes, übernimmt aber keine linken Inhalte. Die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise bleiben unangetastet.

Den Machern der Antikap-Kampagne geht es nicht darum, ein Theoriegebäude zu entwerfen, das zumindest in sich widerspruchsfrei ist. Ziel ihres Treibens ist nicht Erkenntnisgewinn, sondern Propagandaerfolg. Sie offenbaren damit nur ihren eigenen antisemitischen Beißreflex und bedienen jenen ihrer Basis. Der "Antikapitalismus von Rechts" erlaubt es seinen VertreterInnen, sich als radikale SystemgegnerInnen zu gerieren, ohne das eigene Handeln in den gesellschaftlichen Verhältnissen reflektieren oder mit den eigenen Vorstellungen brechen zu müssen. Es werden einfache Erklärungen und Feindbilder für unübersichtliche gesellschaftliche Verhältnisse geboten. Hierin liegt die Attraktivität des "Antikapitalismus von Rechts" begründet. Die Hinwendung zu einer "antikapitalistischen" Agitation erklärt sich aber nicht nur aus dem antisemitischen Weltbild der extremen Rechten, sondern ist auch der Versuch, an gesellschaftliche Widersprüche anzudocken.

Mit wirtschafts- und sozialpolitischen Argumenten werden jene bedient, die schon immer "Ausländer raus!" gebrüllt haben. Eine inhaltliche Auseinandersetzung ist nur beim Führungspersonal in spe zu erwarten. Allen anderen wird ein "kuscheliger" nationaler Sozialismus versprochen, der "die Sehnsucht [...] nach Heimat, Sicherheit, Geborgenheit im Zeitalter der globalen Entfremdung, Entwurzelung, Überfremdung und Verelendung zu befriedigen" vermag (*AG Zukunft statt Globalisierung*). Entscheidend wird sein, ob es der extremen Rechten gelingt, an öffentliche Debatten über die Zumutungen des ökonomischen Strukturwandels und die neoliberale Reformpolitik anzuschließen. Auf die Unterstützung der ökonomischen Eliten können die Neonazis, anders als 1933, nicht zählen. Ihre Vorstellungen eines regulierten, nationalstaatlich begrenzten Kapitalismus stehen den aktuellen Verwertungsinteressen des Kapitals entgegen. ★